Die Marine-Meuterei in Griechenland.

Die von dem Marineleutnant Typaldos angezettelte Marinemeuterei, die den Militärverband zwingen sollte, mit Nachdruck auch eine Marinereform von der Regierung zu fordern, ist als gescheitert anzusehen. Die Meuterer, die sich des Waffenplatzes von Salamis bemächtigt, daraus aber von den treu gebliebenen Truppen vertrieben wurden, haben sich ergeben. Nur Leutnant Typaldos mit mehreren Getreuen ist entkommen. Man fürchtet, daß er

auf Kreta Unruhen

anstiften oder an der türkischen Grenze Meutereien veranlassen wird.

Der Kampf um den Waffenplatz Salamis ist übrigens nicht unblutig verlaufen. Ein Torpedozerstörer der Meuterer eröffnete das Gefecht. Der Panzerkreuzer „Hydra" antwortete sofort. Eine Granate des Panzers „Spetsai" tötete auf dem Zerstörer fünf Heizer, eine andre tötete zwei, verwundete einen Matrosen. Auf der „Hydra" fielen zwei Matrosen, einer wurde verwundet. Ein Schuß des Panzers „Psara" traf das Krankenhaus des Arsenals, zwei Kranke wurden dadurch getötet, einer verwundet; ein andres Geschoß zerstörte die Werkstattabteilung des Arsenals. Zwei Torpedoboote der Meuterer sind noch in der Salamisbucht, das dritte ist geflüchtet. Die Zerstörer sind alle beschädigt außer einem, der beim Arsenal geblieben war. Die

Stimmung in Athen

ist sehr ernst. Der unerwartete Putsch des Leutnants Typaldos wird als Vorspiel zu weit tragischeren Geschehnissen angesehen. Die Athener Börse war den ganzen Tag geschlossen, der Geschäftsverkehr steht einfach still, in den Straßen und Parks sammelten sich Massen von Menschen, die einander mit wilden Gebärden und noch wilderen Worten zu ihrem politischen Glauben bekehren wollte, und die Zeitungen — deren Straßenverkauf ins fabelhafte stieg — gossen Öl ins Feuer. In der Kammer, die bisher nur ohne Debatte sich mit den Reformvorlagen beschäftigte, erklärte der Ministerpräsident: „Die Regierung wünscht eine Reform in allen Zweigen der Verwaltung. Unangebrachte und ungerechtfertigte Ungeduld haben aber eine Lage geschaffen, die zu dem

Umsturz der bestehenden Ordnung

hinneigt, und ich bin gezwungen, zu erklären, daß die Regierung fest entschlossen ist, die Herrschaft des Gesetzes nach jeder Richtung hin wieder herzustellen. Wenn die Offiziere durch einen Irrtum zu ihrem Vorgehen verleitet wurden, so haben sie Zeit, sich wieder auf sich zu besinnen."

Es scheint aber nicht, daß die Meuterei nur der Streich eines jugendlichen Hitzkopfes ist; denn 80 Offiziere der Marine haben erklärt, daß sie sich mit Typaldos einverstanden erklären und haben ihren Abschied gefordert. Auch ist festgestellt, daß in den Reihen der Unteroffiziere der Marine allgemeine Unzufriedenheit herrscht. Unter diesen Umständen ist die

Stellung König Georgs

aufs neue sehr kritisch geworden. Man weiß, daß er nur auf dringendes Zureden der englischen Regierung den Gedanken der Abdankung aufgegeben hat, seit der Offiziersverband so offen gegen ihn Stellung genommen hat. Man ist im Auslande der Meinung, daß König Georg in diesem Augenblick nicht zurücktreten wird, wenngleich an ein

Eingreifen der Mächte

zugunsten der Dynastie nicht zu denken ist. In England beeilt man sich denn auch zu erklären, das kürzlich verbreitete Gerücht, die Kreta-Schutzmächte hätten den griechischen Offiziersverband wissen lassen, sie würden einen Verstoß gegen die Dynastie mit bewaffneter Hand zu verhindern suchen, als Erfindung zu bezeichnen. Die einzige Hoffnung der Regierung ist die, daß alle Anhänger der Ordnung treu zusammenstehen und gemeinsam Front machen gegen die Ruhestörer. Nur dann wird es möglich sein, die geplanten Reformen in Ruhe wirksam durchzuführen und dem Anarchismus in Heer, Flotte und Verwaltung ein Ende zu machen. Das unglückselige Land hat nicht nur den inneren Feind zu bekämpfen, es muß damit rechnen, daß an seiner Grenze die Türkei nur auf den Augenblick wartet, um unter schicklichem Vorwand Gebietsteile (Epirus und Thessalien) zu besetzen, die sie schon lange begehrt. Griechenland steht vor einer entscheidenden Schicksalsstunde. Gelingt es mit Hilfe aller Volkskräfte nicht, die Ordnung und Disziplin wiederherzustellen und die Drängler zur Geduld zu mahnen, so dürfte dem Lande in absehbarer Zeit schwerlich Gelegenheit gegeben sein, sich aus diesem Fall wieder zu erholen.

Politische Rundschau.

Deutschland.

* Der österreichische Thronfolger Erzherzog Franz Ferdinand und Gemahlin treffen, wie jetzt festgesetzt ist, zum Besuch des Kaiserpaares am 11. November in der Reichshauptstadt ein und werden bis zum 14. d. dort verweilen.

* Der frühere Reichskanzler Fürst Bülow ist in Rom eingetroffen, wo er mit seiner Gemahlin den Winter verbringen wird. In einer Unterredung erklärte der Fürst alle Gerüchte von seinem Wiedereintritt in ein Reichsamt für erfunden.

* In der ersten Hälfte des laufenden Etatsjahres haben die Zölle und Steuern einen Überschuß über den Etatsansatz von 54,6 Mill. Mk. erbracht, und zwar die Zölle 28,4, die Börsensteuer 17,7 Mill. Mk., die Branntweinverbrauchsabgabe 15,8 Mill. Mk., die Zuckersteuer 3,2 Mill. Mk., die Erbschaftssteuer 2 Mill. Mk., die Zigaretten-, die Schaumwein- und die Loosteuer je etwas über 1 Mill. Mk. Mindererträge ergaben die Brausteuer (2,5 Mill. Mk.) und die Tabaksteuer (1,1 Mill. Mk.). Beeinflußt sind diese Erträge ohne Zweifel durch die neue Reichsfinanzreform.

* Entgegen der ursprünglichen Absicht hat die preuß. Regierung davon abgesehen, dem Landtage ein Denkmalsschutzgesetz zu unterbreiten. Es wird demnächst nur ein Gesetzentwurf betr. den Schutz frühgeschichtlicher Denkmäler an das Parlament gelangen.

* Trotzdem bei den kürzlich stattgehabten Wahlen zum Meininger Landtage die Sozialdemokraten von 24 Sitzen nur neun eroberten, sind sie doch in der Lage, jeden Beschluß des Landtages zunichte zu machen. Zur Beschlußfähigkeit des Meininger Landtages gehört nach der Geschäftsordnung die Zweidrittel-Mehrheit, also 16 Abgeordnete. Da jedoch nur 15 bürgerliche Abgeordnete vorhanden sind, ist ohne Mitwirkung der Sozialdemokratie kein Gesetz möglich. Eine Abänderung der Geschäftsordnung, die vom vorigen Landtag angeregt, von der Regierung aber abgelehnt wurde, ist natürlich gegenwärtig auch nicht möglich.

* Nachdem nun in Baden auch die Stichwahlen zum Landtage stattgefunden haben, stellt sich das Parteienverhältnis wie folgt: Zentrum 26, Nationalliberale 17, Konservative 3, Sozialdemokraten 20, Linksliberale 7.

Österreich-Ungarn.

* Die tschechischen Minister des Kabinetts Bienerth haben ihre Entlassung gegeben, nachdem gegen ihre Stimmen der Ministerrat beschlossen hatte, dem Kaiser Franz Joseph das Gesetz zum Schutze des Deutschtums in Böhmen zur Genehmigung zu unterbreiten. Hoffentlich erreichen die Tschechen ihre Absicht, durch ihre Abdankung den Erlaß dieses notwendigen Gesetzes zu hindern, nicht; es ist die letzte Hoffnung der um nationale Güter kämpfenden Deutschen Böhmens.

Frankreich.

* Im Ministerrat erklärte der Minister des Äußern, der den Zaren bei seiner Rückkehr aus Racconigi eine Strecke im Salonwagen begleitete, er habe durch seine Unterredung mit dem Kaiser den Eindruck empfangen, daß das französisch-russische Bündnis festgegründet und stark genug sei, im Verein mit England, jedem andern europäischen Bündnis zu trotzen. — Auch diese Worte mildern den Eindruck nicht, daß die Zarenfahrt nach Italien als Kundgebung gegen den Dreibund, d. h. eigentlich gegen Deutschland und Österreich-Ungarn gedacht war.

Portugal.

* König Manuel hat dem König Alfons einen dreitägigen Besuch in Madrid gemacht. — Daß diese mehrfach aufgeschobene Reise jetzt unternommen wurde, ist ein Zeichen der fortschreitenden Beruhigung in Spanien. Vom 4. bis zum 11. d. wird der junge König dann in London weilen und über Paris nach Lissabon zurückkehren.

Balkanstaaten.

* Nach der friedlichen Beilegung der Balkanwirren im vergangenen Frühjahr tauchte im Wiener Gemeinderate der Gedanke auf, eine Straße in Wien Kaiser-Wilhelm-Straße zu benennen. In den nächsten Tagen wird nun im Rathause ein Komitee zusammentreten, um zu beratschlagen, ob die Gemeinde geneigt wäre, für ein Denkmal, das die Bündnistreue Deutschlands und die Österreich-Ungarns verkörpern soll, einen Platz herzugeben. Das Denkmal ist in kolossalen Massen gedacht und soll einen Aufwand von 600 000 Kronen erfordern.

Afrika.

* Negus Menelik von Abessinien ist von einem Schlaganfall getroffen worden. Sein Gesundheitszustand ist, obwohl sich eine Besserung eingestellt hat, sehr besorgniserregend. — Die Herrschaft der europäerfeindlichen Kaiserin und ihres Anhanges ist damit leider aufs neue gesichert.

Asien.

* Zur allgemeinen Überraschung kommt aus Charbin (Mandschurei) die Nachricht, daß der Abschluß einer Vereinbarung zwischen Rußland und Japan über alle schwebenden mandschurischen Fragen nahe bevorstände. Angesichts der Tatsache, daß die Verhandlungen schon mehrere Monate dauern und mehrmals zuletzt nach der Ermordung des japanischen Unterhändlers Fürsten Ito) zu scheitern drohten, wäre ein Abkommen zwischen beiden Staaten mit Freuden zu begrüßen, da es den Frieden im fernen Osten zu sichern geeignet ist.

* Die Stimmung in Korea, auf die durch die Ermordung des japanischen Staatsmannes Ito ein grelles Schlaglicht fiel, wird abermals durch einen Anschlag gekennzeichnet, den 300 Koreaner auf eine Eisenbahnstation in der Nähe der koreanischen Hauptstadt unternahmen. Es gelang dem japanischen Eisenbahnpersonal nur mit Mühe, die Station solange zu halten, bis japanische Truppen heranrückten. Daß Japan nach solchen Vorkommnissen die Zügel der Verwaltung mit eiserner Strenge handhabt, ist schließlich nicht verwunderlich.

* Da im Norden Persiens das Räuberunwesen wieder überhand zu nehmen droht, hatte die russische Regierung den Entschluß gefaßt, dieses Gebiet aufs neue zu besetzen, bis es der persischen Regierung möglich sein würde, selber für Ordnung zu sorgen. Gegen diese Besetzung hat aber die persische Regierung Einspruch erhoben, der von England unterstützt worden ist. (Man sieht daraus, daß das Zarenreich im Schutze der so gepriesenen englischen Freundschaft keine Politik treiben darf, die Englands Macht auch nur im geringsten einzuschränken droht.)

Ohne Titel und Orden.

Als die Norweger sich in Haakon einen König erlesen hatten, war die erste Tat dieses „Bürgerregenten", daß er alle Zeremonien abschaffen und sich von seinen neuen Landeskindern nur mit „Herr" anreden — lassen wollte. Die in Christiania wehende Hofluft, die geschichtliche Überlieferung und endlich das Persönlichkeitsbewußtsein des Neugekrönten haben diesen Traum altväterlicher Vertraulichkeit zwischen Volk und Fürst bald verschwinden lassen. Zwar ist Haakon nicht Majestät, aber er ist immerhin noch „Herr König", was im Grunde genommen auf dasselbe herauskommt. Was damals in Norwegen dem republikanischen und demokratischen Geist zugestanden werden sollte, ist jetzt in Dänemark Ereignis geworden. Das neue Ministerium will

Titel und Orden abschaffen.

Der bis dahin ziemlich unbekannte Rechtsanwalt Zahlke, der unter so eigenartigen Umständen Ministerpräsident geworden ist, hat, als ihm der König, der Not der Stunde gehorchend, die Kabinettsbildung anbot, die Abschaffung der Ministeruniform und des Exzellenztitels zur Bedingung gemacht und zugleich das Einverständnis des Königs mit einem Gesetzentwurf gefordert und erhalten, wonach Titel und Orden in Dänemark abgeschafft werden. Es ist sehr fraglich, ob die neuen Männer lange am Ruder bleiben werden. Sie sind aus dem radikalen Lager hervorgegangen und haben zum größten Teil an dem Sturz des früheren Ministeriums beigetragen, indem sie

gegen militärische Forderungen

und gegen die Summen für die Landesverteidigung gestimmt haben. Mit klugem Blick hat der König den Nörglern das Feld zur Tätigkeit für das Wohl des Landes überlassen. Der Schuhmachersohn, der an der Spitze der neuen Regierung steht, erklärte, er werde mit seinen Kollegen niemals den König in der Ministeruniform, sondern im Zivilanzug aufsuchen. Und so geschah es. Die Herren kamen ins Schloß im Frack, der neue Kriegsminister, ein ehemaliger Landrichter, sogar im blauen Tuchanzug.

Dem Ministerium gehört auch ein Schriftsteller an, dessen Name in der modernen Kulturwelt einen guten Klang hat. Dr. Edvard Brandes, der uns die Kenntnis der modernen nordischen Literatur und Kunst in feinsinnigen Aufsätzen und Werken vermittelt hat. Nimmt man hinzu, daß der Landwirtschaftsminister ein Kleinbauer, der Handelsminister ein einfacher Generalkonsul ist, so wird man zugeben müssen, daß dem Volkswillen genug geschehen ist. Aber merkwürdigerweise hat auch dieses Ministerium keine Mehrheit hinter sich, ein Zeichen, daß die Eigenbrödelei und der Parteienhaber auch in Dänemark zuhause sind. Man geht daher in der Annahme nicht fehl, daß das Ministerium Zahlke nur

eine vorübergehende Erscheinung

ist und daß die kommenden Männer die Landesverteidigungsvorlage im Sinne der früheren Regierung durchführen werden. Denn schließlich kann sich keine dänische Regierung, will sie der Volksstimmung folgen, der Einsicht verschließen, daß die Landesverteidigung (Befestigung Kopenhagens an der Land- und Seeseite) durch die allgemeine politische Lage bedingt wird und daß man den König Eduard und seinen Mannen einen Freundschaftsdienst erweist, wenn man die Befestigung vornimmt. Bei einer internationalen Verwickelung könnte Dänemark allerdings nur neutral bleiben, aber man hofft in England immer noch die nordischen Staaten (in erster Linie Dänemark) dem gegen Deutschland gerichteten königlichen Bündnisplan zu gewinnen. Dann wäre

Kopenhagens Befestigung

von unschätzbarer strategischer Bedeutung. Die neuen Männer in Kopenhagen, die mit so großem Reformeifer ihr Amt angetreten haben, mögen vielleicht in der ihrer Meinung nach wichtigen Titel- und Ordenfrage einen Erfolg verzeichnen können; die Entwickelung der Dinge, die sich nach dem Gesetze staatlicher Notwendigkeiten vollzieht, werden sie nicht aufzuhalten vermögen. Wenn Herr Zahlke eines Tages aus dem Ministerfrack wieder in seine Anwaltsrobe schlüpft, wird er zu spät merken, daß er seine politische Kraft an Dinge des Alltags verschwendet hat, ohne in entscheidenden Dingen eine Lösung versucht zu haben. Wächter.

Entwirrte Fäden.

10] Roman von Johannes Emmer.

(Fortsetzung.)

Der Graf zuckte mit den Schultern. „Ich kann dies allerdings nicht beurteilen, da ich diese Vorschläge noch nicht kenne".

Dr. Band rieb sich das Kinn und sah den Grafen scharf an, dessen Gesicht aber unbeweglich blieb. „Ich will mich kurz fassen. Ich bin bereit, das Testament Ihres Onkels, das Sie vollständig enterbt, zu — vernichten. Es tritt dann die gesetzliche Erbfolge ein, und das Vermögen des Freiherrn von Gallitz fällt Ihnen zu. Dasselbe beträgt in runder Summe — abgesehen von diesem Hause, das ich nicht hoch bewerte — 975 000 Thaler".

„Und das ginge so leicht?" fragte der Graf.

„Es geht. Ich weiß bestimmt, daß niemand außer mir Kenntnis von dem Vorhandensein des Testamentes hat, da der Freiherr dies ausdrücklich versicherte und auch mir auftrug, über dasselbe zu schweigen. Da er ferner seinen letzten Willen eigenhändig niederschrieb, so entfiel die Notwendigkeit der Mitwirkung von Zeugen. Ich selbst hatte dabei nicht andres zu tun, als hinsichtlich der Abfassung Ratschläge zu erteilen, und zur Vorsicht noch in meiner Eigenschaft als Notar die Echtheit seiner Unterschrift zu beglaubigen."

„Ich verstehe; es liegt ganz in Ihrer Hand, das Schriftstück in die Öffentlichkeit zu bringen, oder es verschwinden zu lassen."

„So ist es! Ich wiederhole, daß niemand dessen Existenz kennt."

„Darf ich jetzt bitten, mir die Bedingungen mitzuteilen, unter denen Sie bereit wären, das Testament zu vernichten."

„Ich habe einen Betrag von 120 000 Talern zu ersetzen; sodann wünsche ich doch meiner Tochter für alle Fälle ein — leider jetzt nur unbedeutendes — Kapital zu sichern; ich veranschlage dasselbe auf etwa 200 000 Taler, gewiß nicht viel."

„Sie begehren also rund ein Drittel des Erbes?"

„Ist Ihnen das zu viel?"

Der Graf machte eine leichte Verbeugung: o, ich erkenne gern Ihre Bescheidenheit an. Sie hätten ja ebensogut das Doppelte verlangen können."

Der spöttische, ironische Ton berührte den Justizrat nicht sehr angenehm.

„Sie nehmen also meinen Vorschlag an?" fragte er hastig.

„Verzeihung; ich glaube, es wären doch noch einige Fragen zu besprechen, und dann — muß ich mir auch gestatten, Bedingungen zu stellen."

„Bedingungen? Sie?"

„Allerdings! Es handelt sich ja um ein Geschäft, an dem Sie nicht minder interessiert sind, wie ich."

„Ich bitte also, mir zu sagen, was Sie wünschen."

„Zuerst erlaube ich mir, Ihnen zwei Fragen vorzulegen; die erste ist: Zu wessen Gunsten wurde ich enterbt?"

Der Justizrat sah etwas mißtrauisch den Fragenden an.

„Hm! Ich wüßte nicht, welches Interesse Sie daran haben könnten, dies zu erfahren."

„Besorgen Sie nichts, Herr Doktor Band; ich glaube Ihre Gedanken in diesem Augenblicke zu erraten. — Sie fürchten vielleicht, ich könnte versuchen, mit der — andern Partei zu unterhandeln, um bessere Bedingungen zu erzielen."

Dr. Band machte eine abwehrende Bewegung. „O, o! Daran ist nicht zu denken." Innerlich ärgerte er sich aber gewaltig, denn ihm war in der Tat dieser Gedanke gekommen, und daß der Graf ihn durchschaute, war sicher nicht angenehm. „Übrigens wäre ein solcher Versuch recht aussichtslos und darum unsinnig," fuhr er fort, „denn die andre Partei hätte nicht den geringsten Anlaß, Ihnen auch nur das kleinste Zugeständnis zu machen."

„Nun, ich lege vorläufig keinen besonderen Wert darauf, die glücklichen Erben kennen zu lernen; was mich an der Frage hauptsächlich interessiert, ist nur das: ob dieselben irgendwie ahnen, welches Glück ihnen zugedacht ist."

„Darüber kann ich Ihnen eine befriedigende Auskunft geben," sagte lebhaft Dr. Band, „Ihr Herr Oheim erklärte mir, daß die — andre Partei von seinen Entschließungen nichts wisse und vor seinem Tode nichts erfahren dürfe. Sie dürfen also vollkommen beruhigt sein, Herr Graf."

„Sie gestatten mir wohl die Bemerkung, daß Sie mir gegenüber sich einen Vorteil wahren durch Ihre — Verschwiegenheit. Sie sind in der Lage, mit der andern Partei Unterhandlungen zu versuchen, wenn ich Ihre Bedingungen ablehne."

„Nein!" Das Wort war ihm rasch entfahren, im selben Augenblick bereute er es schon. Wenn Graf Fervall befürchtete, daß der Justizrat von den Erben gleichfalls Zugeständnisse erhalten könne, so hatte der letztere ja damit eine Handhabe, um einen gewissen Druck auszuüben. Darum setzte er jetzt hinzu: „Das heißt, ich habe diese Möglichkeit bisher nicht in Betracht gezogen und glaube auch nicht, daß ich Anlaß dazu erhalten werde."

„Nun die zweite Frage: Angenommen den Fall, daß ich auf Ihren Vorschlag eingehe, würden Sie denn das Testament mir einhändigen?"

Der Justizrat rieb sich das Kinn und wiegte den Kopf. „Ich denke, dasselbe könnte in meiner Verwahrung bleiben."

„Das heißt, Sie mißtrauen mir! — Nach meiner Ansicht hätte ich das volle Recht, zu verlangen, daß nach Bezahlung des Preises, den wir vereinbaren würden, das Schriftstück ausgefolgt werde. „Die Geld, die Ware" ist doch bei jedem Kauf üblich."

„Über diesen Punkt können wir uns später noch einigen; vielleicht würde die Vernichtung des Dokuments den beiderseitigen Interessen am besten entsprechen."

„Sprechen wir also nicht weiter davon. — Ich darf nun wohl noch meine Bedingung nennen? — Sie ist leicht zu erfüllen: ich wünsche Gelegenheit zu erhalten, Fräulein Gabriele nähertreten zu können."

„Es wird mir sicher ein Vergnügen und